

Klaus Steinitz
Wolfgang Kühn
Karl Mai

Ostdeutschland 10 Jahre nach der Vereinigung

Wirtschaftliche Situation Perspektiven Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen (Studie)

Berlin, Januar 2001

Umfang 142 Seiten, Preis 6 DM,

Bestellungen bitte an:
PDS-Literaturvertrieb
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Tel.: 030/24009-541
Email: peter.kolbe@pds-literaturvertrieb.de

*Nachfolgend dokumentieren wir aus der Veröffentlichung das Inhaltsverzeichnis,
das abschließende Kapitel mit wirtschaftspolitischen Vorschlägen sowie die Anla-
gen 2 und 4.*

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung	
2. Die wirtschaftliche Situation in den neuen Bundesländern 10 Jahre nach der Vereinigung	6
3. Determinanten der Entwicklung in den neuen Bundesländern	19
3.1 Investitionen - ihre Quellen und Einsatzstrukturen	19
3.2 Innovationspotenziale - ihre Verflechtungen zur Wirtschaft	28
3.3 Unternehmenslandschaft, kleine und mittlere Unternehmen – besondere Probleme im Verarbeitenden Gewerbe und in der Landwirtschaft	31
3.4 Absatzbedingungen - regionaler Absatz und regionale Verflechtungen, Lieferungen in das frühere Bundesgebiet und Export	38
3.5 Produktivitätsrückstände und ihre Faktoren	43
3.6 Arbeitslosigkeit	45
3.7 Bevölkerungsentwicklung und demographische Falle Ost	48
3.8 Entwicklung der Löhne und Einkommen	52
3.9 Fortschritte und Defizite in der materiellen Infrastruktur	63
3.10 Regionale Entwicklung in Ostdeutschland	69
3.11 Haushalte und Steueraufkommen der ostdeutschen Länder und Kommunen	78
4. Vorschläge der Bundesregierung, der Forschungsinstitute/des Sachverständigenrates und der Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer für die Fortführung von „Aufbau Ost“	86
4.1 Hauptinhalt der Vorschläge	86
4.2 Zu einigen Argumenten im Zusammenhang mit der Fortsetzung von „Aufbau Ost“	88
4.3 Gesamtwirtschaftliche Konsequenzen der Konzepte der offiziellen Politik	91
5. Ein alternatives Konzept zur ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung	96
6. Wirtschaftspolitische Vorschläge zur Erreichung einer nachhaltigen, sich selbst tragenden Entwicklung in Ostdeutschland	105
6.1 Förderstrategie	105
6.2 Schwerpunkte und konkrete Maßnahmen	108
Anlagen	
Anlage 1: Statistische Angaben zur Entwicklung in den neuen Ländern im Vergleich zum Bundesgebiet West unter der rot-grünen Bundesregierung	128
Anlage 2: Zur gegenwärtigen Diskussion über Produktivitätsrückstände und zu hohe Löhne in den neuen Bundesländern	133
Anlage 3: Wesentliche Aussagen des Jahresgutachtens 2000/2001 des SVR und des Herbstgutachtens 2000 der sechs wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zur Fortführung von „Aufbau Ost“	139
Anlage 4: Literatúrauswahl zum 10. Jahrestag der Vereinigung	141

6. Wirtschaftspolitische Vorschläge zur Erreichung einer nachhaltigen, sich selbst tragenden Entwicklung in Ostdeutschland

6.1 Zur Förderstrategie

Zur weiteren gesamtwirtschaftlichen Ost - West Angleichung und zum Erreichen einer sich selbst tragenden, sozial-ökologisch nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung wird für das nächste Jahrzehnt eine Förderstrategie notwendig, die vor allem auf folgenden Elementen beruht:

Erstens. Entgegen Auffassungen, die staatliche Förderung privater Investitionen in den neuen Bundesländern zu reduzieren und nach 2004 ganz einzustellen, wird entschieden der Standpunkt vertreten, dass die selbst erwirtschafteten Nettorenditen der KMU in absehbarer Zeit nicht ausreichen, um eine überdurchschnittlich hohe Investitionsrate am ostdeutschen BIP zu sichern. Eine im innerdeutschen Vergleich höhere Investitionsrate ist aber eine unverzichtbare Voraussetzung für eine weitere Angleichung der Ost-West-Leistungsindikatoren und zum Erreichen einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Zurückführung (und der ab 2004 vorgesehene Wegfall) von staatlicher Förderung von privaten Unternehmen vor allem im Verarbeitenden Gewerbe und den produktionsnahen Dienstleistungen würde wie eine „Investitionsbremse“ wirken. In der Folge würden sich die derzeitigen Niveauunterschied in der wirtschaftlichen Ost-West-Leistung verfestigen oder sogar wieder erhöhen.

Im Rahmen des künftigen Bund-Länder-Finanzausgleichs muss daher ab 2004 *unbedingt die zielgerichtete Investitionsförderung Ost, mit den Schwerpunkten zukunftsfähige Arbeitsplätze, innovative Wertschöpfung, regionale Verflechtungen, Stärkung der Exportbasis, in effektiver Weise fortgeführt und gesichert werden*. Es geht hier um eine eminent politische Existenz- und Entwicklungsbedingung der ostdeutschen Region. Die nicht zu bestreitenden negativen Wirkungen, die mit Investitionssubventionen verbunden sind, werden durch die weit größeren negativen Folgen eines Verzichts auf eine spezifische Investitionsförderung in den neuen Ländern mehr als aufgewogen.

Aus den Analysen und Szenarien der weiteren Entwicklung der neuen Bundesländer ergibt sich das Ostdeutschland insgesamt Ziel-1-Region bleiben müsste. Nach den gegenwärtigen Vorstellungen der EU Kommission wird das nach dem Beitritt der neuen Kandidaten bzw. nach 2006 nicht mehr der Fall sein. Welche Konsequenzen sich daraus für die nationale Wirtschaftsförderung - Umfang und Abgrenzung der Fördergebiete, Höhe der Förderquoten - ergeben und inwieweit diese beeinflussbar sind, muss möglichst rasch geklärt werden. Die Höhe der Förderquoten sollten nach der realen regionalen Unterbeschäftigung – und nicht nach Ost und West – differenziert werden. Es muss davon ausgegangen werden, dass die direkte Förderung privater Unternehmensinvestitionen zunehmend durch die Regulativen der EU nicht nur erschwert, sondern weitgehend verhindert werden wird.

Im Zusammenhang mit EU Osterweiterung gibt es einen außerordentlichen zeitlichen Druck. Wird die Zeit für deutliche Fortschritte in der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen verpasst, kann ein Wachstumseinbruch nach der EU-Osterweiterung eintreten, da der ostdeutsche Binnenmarkt weit stärker als bisher durch Preiswettbewerb unter Druck geraten wird.

Zweitens. Für die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschlands *spielen die Länder und Kommunen und deren Institutionen, insbesondere deren Finanzkraft, eine herausragende Rolle*. Diese spiegelt einerseits die größere Bedeutung öffentlicher, staatlicher Struktur-, Innovations- und Beschäftigungspolitik für die Lösung der Probleme einer

„Rückstandsregion“ wider und ist andererseits Ausdruck für die stärkere direkte Abhängigkeit der Wirtschaftsdynamik von öffentlichen Aufträgen und öffentlicher Finanzierung durch die Länder und Kommunen (z.B. Kofinanzierung bei Investitionszuschüssen, Finanzierung des ÖBS). Die Finanzkraft der Länder und Kommunen bildet ein unverzichtbares Standbein von dem Umfang und Wirkungsgrad der Wirtschaftsförderung entscheidend bestimmt wird. Im Gegensatz zu dieser größeren Verantwortung und den höheren finanziellen Belastungen der ostdeutschen Länder und Kommunen liegt auch im nächsten Jahrzehnt deren originäres Steueraufkommen weit unter dem Durchschnitt. *Die Stärkung der Finanzkraft der ostdeutschen Länder und Kommunen vor allem über den Bundes/Länder-Finanzausgleich bleibt für einen längeren Zeitraum, der über das nächste Jahrzehnt hinausgeht, eine unerlässliche – wenn auch nicht hinreichende – Bedingung für das Erreichen einer sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung.*

Drittens. Die zersplitterte und auf Einzelmaßnahmen gerichtete Förderpolitik sollte neu orientiert werden. Die *Wirtschaftsförderung muss weit stärker als bisher auf die Erreichung komplexer wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Zielstellungen* in Ostdeutschland insgesamt und in den Regionen *gerichtet werden*. Dazu gilt es, sie vor allem mit den Politikfeldern Struktur-, Forschungs-, Technologie-, Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik zu verbinden und die Wirtschaftsförderung zu nutzen, um diese Politikfelder, die noch oft isoliert nebeneinander stehen, miteinander zu verzahnen. Dies erfordert, die Integration und das Bündeln der verschiedenen Förderprogramme und -instrumente.

Viertens. Bei der Weiterentwicklung der Förderprogramme und -instrumente und natürlich besonders beim Einsatz der Fördermittel muss die *Erhöhung ihrer ökonomischen, sozial- und beschäftigungspolitischen sowie ökologischen Effizienz im Vordergrund* stehen. Ausreichender Umfang und hohe Effizienz der Wirtschaftsförderung sind zwei Seiten, die nicht voneinander getrennt werden dürfen. Im Rahmen dieser Einheit verschiebt sich die Bedeutung jedoch zunehmend in Richtung höherer Effizienz. In diesem Zusammenhang kommt auch einer Veränderung der Verwendungsstruktur staatlicher Mittel zur Investitionsförderung Bedeutung zu, von den bisher den Unternehmen „geschenkten“, für den Staat „verlorenen“ Zuschüssen, zum *Einsatz dieser Mittel als Beteiligung der öffentlichen Hand an den Unternehmen*. Damit würde es auch eher möglich sein, die Förderung privater Investitionen zu sichern ohne mit dem Beihilferecht der EU in Widerspruch zu kommen. Solche Beteiligungen, die von den Unternehmen wieder abgelöst werden können, wenn es ihre wirtschaftliche Situation erlaubt, hätten gegenüber Darlehen den Vorteil, dass sie frei von dem Druck des Schuldendienstes sind. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass diese Art der Wirtschafts- bzw. Investitionsförderung nicht zu den umstrittenen Subventionen gehören würde. Damit würde sich auch eine bessere Argumentationsbasis für die Fortsetzung einer gesonderten Förderung von Investitionen in den neuen Bundesländern ergeben.

Fünftens. Im Zentrum der Wirtschaftsförderung dürfen nicht voneinander isolierte Maßnahmen zur Unterstützung einzelner Phasen des Reproduktionszyklus oder Wirtschaftsprozesses stehen, sondern vielmehr seine komplexe Entwicklung. Die entscheidenden Elemente für eine auf die dynamische Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands gerichtete Wirtschaftsförderung sind: Forschung und Entwicklung sowie darauf beruhende Erzeugnis- und Technologieinnovationen, materielle Investitionen zur Schaffung der erforderlichen Kapazitäten für deren Umsetzung, Absatz zur Realisierung aller vorangegangenen Aufwendungen und eines Gewinns.

Die *Schlüsselfrage* ist, dass es *anders und vor allem besser als bisher gelingen muss, die verschiedenen Elemente einer erfolgreichen und nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung miteinander zu verbinden*: Eine höhere Investitionsquote mit der Stärkung von Wissenschaft, Forschung und Bildung, mit dem stärkeren Einsatz der Investitionen in

zukunftssträchtige, innovative Produktions- und Dienstleistungskomplexe, mit der Herausbildung weiterer technologischer Kompetenzzentren, ihrer Ausdehnung und höheren regionalen Ausstrahlung, mit der Erweiterung der Absatzmöglichkeiten auf dem ostdeutschen Markt, im alten Bundesgebiet und im Export und mit der Förderung regionaler Wirtschaftsverflechtungen und Kreisläufe.

Sechstens. Beim Einsatz der Mittel der Wirtschaftsförderung sollte das *Gewicht systematisch zu Gunsten von Vorlauf- und Zukunftsaufgaben* sowie „weicher“ Standortfaktoren - Forschung und Entwicklung, zukunftsorientierte Technologien, Qualifizierung und Weiterbildung, ökologischer Umbau - *verschoben werden*.

6.2 Schwerpunkte und konkrete Maßnahmen

Schwerpunkte und konkrete Maßnahmen eines wirtschaftspolitischen Konzepts für eine „sich selbst tragende und sozial-ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland“ sind insbesondere:

Erstens: Bestehende oder neu zu gestaltende „*Zukunftsinvestitionsprogramme*“ der *ostdeutschen Länder* sind zu einem wichtigen Instrument für eine engere Verbindung der Wirtschaftsförderung mit der Struktur-, Technologie-, Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik sowie für einen effektiveren Einsatz der verfügbaren Fördermittel zu entwickeln. Sie können dazu beitragen, *den infrastrukturellen Ausbau mit dem ökologischen Umbau und einer innovativen Reindustrialisierung zu koppeln*.¹ Solche Programme sollen auch dazu beitragen, den Rückgang der Investitionsquote der letzten Jahre zu stoppen und eine notwendige „zweite Investitionswelle“, die zu einem großen Teil durch äußere Quellen zu finanzieren ist, in Gang zu setzen. Dazu gilt es Vorschläge vor allem in folgenden Richtungen auszuarbeiten und zielgerichtet, mit staatlicher Unterstützung, umzusetzen: (1) Strategische Großprojekte auf ausgewählten Gebieten, die eine beträchtliche Wirkung für die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine hohe regionale Ausstrahlung haben; (2) Zielgerichtete Förderung der Herausbildung und des Ausbaus technologischer Kompetenzzentren auf perspektivischen Gebieten; (3) Unterstützung der Kapazitätserweiterung von KMU besonders auf innovativen Gebieten mit günstigen Absatzmöglichkeiten; (4) Schwerpunkte zur weiteren Entwicklung der Infrastruktur.

Zweitens: Ostdeutschland müsste *eine Pionierrolle für innovative und zukunftsfähige Wege zur Erhaltung vorhandener und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze spielen*. Dies gilt für die Förderung der Ansiedlung von Unternehmen mit hoher regionaler Multiplikatorwirkung, die Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die umweltfreundliche Reindustrialisierung, die Revitalisierung ländlicher Räume und die Herausbildung eines Bereich öffentlich geförderter gemeinnütziger Arbeiten (ÖBS) - sozio-kulturelle Aufgaben, Altlasten- und Städtesanierung, Aufgaben zur Durchsetzung der „Lokalen Agenden 21“. Der ÖBS kann wesentlich zur Reduzierung der viel zu hohen Unterbeschäftigung in Ostdeutschland beitragen und damit auch einer Abwanderung entgegenwirken.

Die Herausbildung eines ÖBS verlangt, ihn mit den Arbeiten im öffentlichen Dienst und mit der Entwicklung der KMU so zu verbinden, dass möglichst geringe Reibungen entstehen. Der ÖBS knüpft an Erfahrungen der bisherigen Arbeitsmarktpolitik an und führt sie weiter. Er unterscheidet sich von den traditionellen ABM u.a. darin, dass er auf Projektförderung beruht, eine langfristige Beschäftigung sichern soll und zu tariflichen Bedingungen erfolgt. Seine Grundfinanzierung durch Bund, Länder, Kommunen und die Bundesanstalt für Arbeit erfordert, die bisherigen Ressortschranken zu überwinden.

¹ *Ihr Inhalt muss sich wesentlich vom Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung unterscheiden, das recht wenig mit sozial-ökologischer Zukunftsfähigkeit zu tun hat.*

In Auswertung der nunmehr mehrjährigen Diskussion über Bedeutung, Inhalt und Finanzierungsmöglichkeiten des ÖBS sowie insbesondere der Probleme bei der Entwicklung von gemeinwohlorientierten Arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern sollte ein Projekt zur Schaffung von zunächst 50.000 Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern bis zum Jahre 2004 ausgearbeitet werden, in das die konkreten Vorschläge der Länder eingehen. Bestandteil eines solchen Projekts müssen konkrete Vorstellungen für die Finanzierung, die Verteilung auf die verschiedenen inhaltlichen Komplexe, die vorgesehenen Trägerstrukturen, die einzubeziehenden Arbeitslosen (Arbeitsplätze für Frauen, Ältere, Langzeitarbeitslose) sein. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen, dass die volle Nutzung des Potenzials des ÖBS nur möglich sein wird, wenn seine Entwicklung nicht nur im Rahmen der Möglichkeiten der Länder und Kommunen erfolgt, sondern auch durch den Bund wirksam unterstützt wird. Das bedeutet: *Gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeiten, die bisher nicht durchgeführt werden, weil sie nach marktwirtschaftlichen Kriterien nicht rentabel sind, lassen sich in relevantem Umfang nur dann realisieren, wenn für sie durch den Bund die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.*

Es wird vorgeschlagen, einen Projektauftrag auszulösen, um die Erfahrungen, Probleme und Hemmnisse bei der Entwicklung des ÖBS bzw. ähnlicher Strukturen und Formen zu untersuchen, und Vorschläge zur Entwicklung dieses zukunftsorientierten Weges zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit für Ostdeutschland und für die Bundesrepublik insgesamt vorzulegen, die in einem Antrag für den Bundestag ihren Niederschlag finden.

Die Maßnahmen der traditionellen aktiven Arbeitsmarktpolitik behalten in Ostdeutschland für eine längere Zeit ihre Bedeutung. Ihre Finanzierung muss langfristig im Rahmen der öffentlichen Haushalte gesichert werden.

Drittens: Die wieder zunehmende Abwanderung von Menschen aus den neuen Ländern, vor allem junger, ausgebildeter Fachkräfte, verschärft die Problematik in Ostdeutschland. Anstelle von Prämien für junge Menschen die in die alten Bundesländer gehen und zu einer kurzfristigen Entlastung des ostdeutschen Arbeitsmarkts führen, sollte ein Programm ausgearbeitet werden, in dem gemeinsam zwischen den politisch Verantwortlichen Maßnahmen festgelegt und gebündelt werden, um dieses vor allem unter Zukunftsaspekten gravierende Problem zu lösen: Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für junge Menschen; höhere Attraktivität von Arbeitsplätzen, um insbesondere auch innovativen, kreativen und hoch motivierten Menschen eine berufliche Perspektive im Osten zu geben; zielgerichtete Verbesserung der Standortqualität, insbesondere des Bildungsangebots sowie des wissenschaftlichen, kulturellen und gesamten Freizeitangebots. Es ist in seiner quantitativen Wirksamkeit zwar nicht messbar, aber doch sehr wichtig, den Menschen, und darunter besonders auch den jüngeren, in den neuen Ländern das Gefühl zu geben, dass sie gleichberechtigte Akteure der Gesellschaft in der Bundesrepublik sind.

Viertens: Vorstellungen, um die notwendigen *finanziellen Rahmenbedingungen bis 2004 und vor allem für die Zeit danach* (Regelungen zum Länderfinanzausgleich und zum Solidarpakt II) zu sichern und zu verbessern, um die für das schrittweise *Schließen der Produktionslücke* zwischen Wirtschaftsleistung und Verwendung - rund 200 Mrd. DM - erforderliche höhere Wachstumsdynamik zu erreichen. Nur auf diesem Weg können die Voraussetzungen geschaffen werden, um langfristig die West-Ost Finanztransfers abzubauen. Die entscheidenden Elemente einer Strategie zum Schließen dieser Produktionslücke sind qualifizierte und motivierte Menschen, innovative Forschungsleistungen, Investitionen zum raschen und marktwirksamen Umsetzen der Innovationen, Absatzstudien und Marketing um die Absatzmöglichkeiten zu erweitern.

Die Forderungen nach Fortführung der Finanztransfers in dem notwendigen Umfang muss mit Vorstellungen für die Deckungsquellen verbunden werden, mit Veränderungen in der Bundespolitik, vor allem Überwinden der einseitigen, dogmatischen Politik zum völligen Abbau der Neuverschuldung bis 2006 und einer Umverteilung der Vereinigungskosten durch höhere Beiträge der Reichen und der Hauptgewinner der Vereinigung.

Fünftens: *Eine stärkere Regionalisierung der Wirtschaftsentwicklung, speziell die Entwicklung innerregionaler Verflechtungen und Wirtschaftskreis-läufe, erhält in Ostdeutschland eine Schlüsselfunktion, um die inneren Potenziale der Ostregion zielgerichtet zu erschließen.* In regionalen Entwicklungskonzepten sollten differenzierte Zielvorgaben und Leitbilder für Produktionen und Dienstleistungen angeboten werden, die sowohl vorwiegend auf den regionalen Markt bezogen sind und hierzu starke Verflechtungen über Vorleistungen aufweisen, als auch spezialisierte und meist technologieintensive Komplexe betreffen, die vorwiegend auf überregionalen Absatz zielen oder/und eine überregionale bzw. internationale Arbeitsteilung einschließen.

Bei deren Entwicklung, speziell bei der Herausbildung regionaler Innovations- und Kompetenzzentren, gilt es verstärkt *regionale Vernetzungseffekte* zu nutzen und damit sowohl die Wertschöpfung zu erhöhen und den Absatz zu erweitern, als auch zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Durch eine engere Verflechtung technologieintensiver Produktions- und Dienstleistungskomplexen mit den vorgelagerten Stufen bzw. Zulieferern, auch mit leistungsfähigen Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen in der Region, und mit den Anwendern können beträchtliche regionale Synergieeffekte realisiert werden. Eine aktive Wirtschaftspolitik zur Herausbildung solcher Zentren und zur stärkeren innerregionalen Vernetzung mit anderen Bereichen ist für die Zukunftsfähigkeit der ostdeutschen Länder entscheidend. Bisher wird die Herausbildung solcher regionaler Kompetenzzentren u.a. dadurch gehemmt, dass größere Unternehmen den Hauptteil ihrer Vorleistungen - vor allem hochwertige Erzeugnisse und Dienstleistungen, Ausrüstungsgüter, FuE-Leistungen, Vorprodukte, qualifizierte Dienstleistungen in den Bereichen Logistik, Absatz und Vertrieb, Informationsverarbeitung und Beratung - außerhalb der Region beziehen, häufig von einer westdeutschen oder ausländischen Muttergesellschaft. Zulieferungen aus der näheren Umgebung beschränken sich vorwiegend auf transportkostenintensive Rohstoffe, Bauleistungen und einfache Dienstleistungen.

In der Überwindung solcher Defizite bestehen bisher nicht genügend ausgeschöpfte Möglichkeiten ostdeutscher Regionen. Diese Aufgabe kann nicht auf Forschung und Technologie begrenzt werden, sondern muss andere wesentliche Elemente des Reproduktionsprozesse - rasche Produktionseinführung, Investitionen, Markterschließung und Absatz - einschließen. Sie sollte unter Nutzung auch internationaler Arbeitsteilung als Mittel zur Förderung regionaler Wirtschaftsverflechtungen eingesetzt werden.²⁾

Sechstens: Die Weiterentwicklung und Neugestaltung von Wirtschaftsstrukturen und -verflechtungen auf regionaler Ebene eröffnet *neue Möglichkeiten für den ökologischen Umbau*, die es zielgerichtet zu nutzen gilt. Dies verlangt, die Instrumente und Mittel der Wirtschaftsförderung hierfür verstärkt einzusetzen. Dabei gilt es, die *Gestaltung neuer, ökologisch nachhaltiger Strukturen und Wertschöpfungsketten mit der Erhöhung ihrer Produktivität und Effizienz zu verbinden*. Hier ergeben sich anspruchsvolle gemeinsame Aufgaben für die verschiedenen Gebiete der Regionalentwicklung:

² Scheuplein, Christoph, Friedrich List und die "neue Mitte". Sozialdemokratische Technologiepolitik in der Metropole Berlin, Utopie kreativ, Nr. 108, 1999;

- Ausbau der Potentiale für Forschung und Technologieentwicklung und deren verstärkte Verflechtung mit den in der Region existierenden Unternehmen;
- Forcierte Entwicklung des wissenschaftlichen Vorlaufs und neuer Technologien zur Unterstützung des ökologischen Umbaus, darunter zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energieträger und Erhöhung ihres Anteils am Energieaufkommen, zur Entwicklung effektiver Recyclingtechnologien und integrierter, vorsorgender Umwelttechnologien;
- Veränderung in der Verkehrspolitik, u.a. durch Verkehrsvermeidung mit Hilfe einer besseren Nutzung regionaler Potentiale und Verflechtungen sowie Förderung umweltfreundlicher Verkehrssysteme;
- Ausbau vorhandener und Aufbau neuer umweltgerechter Kapazitäten der Investitionsgüterindustrie für den Einsatz in der Wirtschaft und den Export. Hierfür sind gezielte Anstrengungen zur Erweiterung vorhandener Kapazitäten und zur Gewinnung neuer Investoren notwendig.

Diese Bemühungen müssen in konkrete Projekte/Vorhaben münden. Es wird vorgeschlagen zu prüfen, in Auswertung des 100.000 Solardächer-Programms sowie schon vorliegender Erfahrungen eine Projekt zur Sanierung der Plattenbauten unter energetischen Aspekten zu initiieren.

Siebtens: *Vorbereitung auf die EU Osterweiterung* durch grenzüberschreitende Aktivitäten und Wirtschaftsverflechtungen sowie spezifische Förderprogramme für die Grenz- und grenznahen Regionen in den neuen und auch in den alten Bundesländern.

Hier spielt der Zeitfaktor eine entscheidende Rolle. Wird die Zeit bis zum EU Beitritt der Nachbarländer nicht zielgerichtet für Innovationen und Investitionen in den neuen Ländern, darunter besonders auch in ihren Grenzregionen, genutzt, könnte die ostdeutsche Wirtschaftsdynamik einen weiteren Rückschlag erleiden. Ostdeutschland als „Verbindungsregion“ zwischen der bisherigen EU der 15 und den Beitrittskandidaten enthält Chancen und Risiken. Die Risiken bestehen vor allem darin, dass die neuen Bundesländer vorwiegend zu einem „Transitgebiet“ zwischen der bisherigen EU und den neuen Mitgliedern werden.

Unter der Bevölkerung der neuen Bundesländer gibt es im Zusammenhang mit der Osterweiterung Unbehagen und Ängste, die an die Risiken anknüpfen. Sie müssen von der PDS ernst genommen werden. Auf sie muss mit fundierten Analysen, mit konkreten politischen Konzepten für die Lösung der Probleme in den Grenzregionen der Bundesrepublik und der Beitrittsländer und für die schrittweise Öffnung des Arbeitsmarkts sowie mit sachlichen, überzeugenden Argumenten, die die realen Probleme nicht verwischen, reagiert werden.

Viele wirtschaftliche Verflechtungen werden sich im Zusammenhang mit der Osterweiterung der EU neu ordnen: diesen Prozess gilt es aktiv durch gemeinsame Strategien der regionalen Raumordnung unter Einbeziehung der Kommunen und Länder zu gestalten.

Die Beitritte Polens und der baltischen Staaten werden der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Ostseeregion einen Schub verleihen und die Bedeutung des maritimen Handels, Verkehrs und Tourismus wesentlich erhöhen.

Um Belastungen für den Arbeits- und Dienstleistungsmarkt in diesen Regionen zu minimieren und andererseits die Chancen des Beitrittes Polens und Tschechiens für die Regionalentwicklung nutzbar zu machen ist es dringend erforderlich, vor allem die einheimischen KMU zu stärken, grenzüberschreitende Kontakte bis hin zu Kooperationen und gemeinsamen Projekten anzuregen und zu unterstützen sowie durch die Förderung kultureller und sozialer Kontakte der Menschen in diesen Regionen zu flankieren.

Die in der Sozialcharta der EU geforderte Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik muß, verknüpft mit dem regionalisierten Ansatz, die Grundlage für die Gestaltung des Beitrittes der MOE-Länder darstellen. Dadurch entstehen auch Voraussetzungen, um das Wohlstandsgefälle zwischen West- und Osteuropa abzubauen und durch steigende Arbeitslosigkeit und Armut bedingte Migration einzuschränken.

Nachhaltig zu unterstützen sind insbesondere der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur (Verkehr, Telekommunikation, Energie), der Ausbau vielfältiger grenzüberschreitender Wirtschaftsbeziehungen, vor allem gewerblicher Investitionen und betrieblicher Kooperationen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie der grenzüberschreitenden Präsentationsmöglichkeit von Unternehmen auf Messen, Kooperationen auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung sowie die Harmonisierung von Umweltstandards, kulturelle und gesellschaftspolitische Kooperationen sowie eine verstärkte Sprachförderung in Schulen und Hochschulen. Auszubauen sind die bestehenden Kontakte auf administrativer Ebene, kulturelle und politische Kontakte sowie der Informationsaustausch.

Achtens: Für eine dynamische und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland kommt der *Förderung von Wissenschaft und Forschung*, insbesondere auch der staatlich organisierten Wissenschaft, eine große Bedeutung zu³:

Auf Grund der nach wie vor äußerst unbefriedigenden Situation der wirtschaftsnahen Forschung (Industrieforschung) müssen die außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die Hochschulforschung in erheblichem Umfang fehlende Forschungspotenziale der Wirtschaft kompensieren;

- die Existenzgründungen aus universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen können eine sehr wichtige Rolle bei der Herausbildung moderner, ökonomisch und ökologisch nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen spielen. Sie sind deshalb besonders zu unterstützen;
- die Herausbildung regionaler Kompetenzzentren durch Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft sollte von der Landespolitik in den neuen Ländern besonders unterstützt werden; die Entwicklung von Hochtechnologien für den überregionalen Absatz von Produkten mit hoher technischer Komplexität und Wertschöpfung wird bei der vorherrschenden Größenstruktur der Betriebe in vielen Fällen nur mit direkter staatlicher Unterstützung möglich sein;
- zur Entwicklung enger Verflechtungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und zur Herausbildung von Hochtechnologie-Zentren können die existierenden Technologie- und Gründerzentren sowie Technologietransfereinrichtungen einen wichtigen Beitrag leisten.

Für die neuen Bundesländer verlangt der Auf- und Ausbau regionaler Netzwerke sowohl das Revitalisieren unterbrochener oder verschütteter Vernetzung in Branchen und Regionen (Industriecluster) als auch das Herausbilden neuer Netzwerkstrukturen (regionaler Kompetenzzentren). Dem Herausbilden von Netzwerkstrukturen kommt wegen des Vorherrschens von Klein- und Mittelbetrieben in Ostdeutschland eine besondere Bedeutung zu. Aus unvernetzten Anbietern von Einzelkomponenten, die im harten Konkurrenzkampf nur geringe Chancen haben, können durch intelligente Vernetzung eine Beschleunigung der Innovationen erreicht werden und konkurrenzfähige Systemanbieter entstehen. Netzwerke gewinnen im Verhältnis zu den „harten“ Standortfaktoren

³ Vgl. hierzu: Ronald Heller, *Thesen zur Begründung der Notwendigkeit einer stärkeren Herausbildung regionaler Kompetenzzentren in den neuen Bundesländern*, Manuskript, Berlin. Januar 2001

(Verkehr und andere Einrichtungen der technischen Infrastruktur) immer mehr an Bedeutung.

Für die Entstehung wettbewerbsfähiger Industriestrukturen in Ostdeutschland spielt die Konzentration auf zukunftsfähige und den Bedingungen der neuen Länder adäquate Produktionskomplexe eine entscheidende Rolle. In den traditionellen Branchen mit einer höherwertigen Technik (Maschinenbau, Automobilbau, Elektrotechnik, Chemie) gibt es relativ geringere Chancen für eine bedeutende und perspektivische Erweiterung des Absatzes als in den neueren Produktionskomplexen *des Hochtechnologiebereichs* – wie ausgewählte Linien der Informations- und Kommunikationstechnik, der Biotechnologie, Umwelt- und alternativer Energietechnik. Hier ist noch viel im Umbruch. Im Bereich der Hochtechnologie bestehen für Ostdeutschland reale Chancen, durch regionale Kompetenzzentren eine höhere Wertschöpfung zu erreichen und in überregionale Märkte einzudringen.

Bisher gibt es jedoch noch eine große Kluft zwischen der Erkenntnis über die Reserven und nicht genutzten Potenziale, die auf dem Gebiet von Wissenschaft, Forschung und Technologie noch schlummern, und den konkreten Vorstellungen, wie sie institutionell und marktgerecht erschlossen und genutzt werden können. Dazu müssten die jetzt schon dazu vorliegenden Erfahrungen, z.B. Wissenschaftsstadt Berlin-Adlershof, Medizintechnik/Biotechnik (Biocon Valley) Teterow/Rostock/Greifswald, Biotechnologie Berlin-Buch, Mikroelektronik Dresden, Mikroelektronik Frankfurt/O, Optoelektronik Jena, systematisch ausgewertet werden. Auf dem Forum 2000 plus der PDS: "Innovation Ost, Potenziale und Hemmnisse" im Oktober 2000 wurden dazu Anregungen gegeben.⁴ Mit einem neuen Förderprogramm „Netzwerkmanagement Ost“ soll das Entstehen von Wirtschaftsnetzwerken und regionalen Wirtschaftskreisläufen zu Lasten traditioneller Programme gefördert werden.⁵ Fortschritte bei der Vernetzung regional wirksamer Maßnahmen erfordern, die hierfür einsetzbaren GA-Mittel aufzustocken und die Kofinanzierung der Länder zu sichern. Die innere Struktur der Förderung sollte in Richtung höherer Anteile für den Hochtechnologiebereich sowie verstärkter Förderung von Netzwerken und regionalen Kompetenzzentren verändert werden.

Es wird vorgeschlagen, in den Ländern Vorstellungen und Maßnahmen auszuarbeiten, wie vorhandene regionale technologische Kompetenzzentren gestärkt und aus vorliegenden Ansätzen enger Verflechtungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft die Herausbildung neuer technologischer Kompetenzzentren unterstützt werden kann.

Die Rückwirkungen von Wissenschaft und Forschung auf Wirtschaft und Gesellschaft sind für die neuen Länder besonders wichtig, da sich aus der Konzentration von Wissenschaft, Forschung und Ausbildung starke Impulse für die Ansiedlung von Gewerbe und Dienstleistungen ergeben, die konsequenter als bisher genutzt werden sollten. Das Beispiel Mikroelektronik Dresden zeigt was für ein erfolgreiches Kompetenzzentrum notwendig ist:

- universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen (über 30 wissenschaftliche Einrichtungen, darunter vier der Fraunhofer Gesellschaft, TU Dresden und TU Chemnitz), leistungsfähige technologische Kapazitäten - Ingenieurbüros und Softwarehäuser,
- Traditionen für die vorgesehenen technologischen Entwicklungsrichtungen,
- Leistungsfähige Produktionspotenziale der Zuliefer- und Finalindustrie,

⁴ Vgl. *Forum 2000plus, "Innovation Ost, Potenziale und Hemmnisse", Reader der PDS Bundestagsfraktion, Oktober 2000*

⁵ *Entschließungsantrag der Fraktion der PDS zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2001, Drucksache 14/4000*

- Verbraucher und Anwender der Hochtechnologieprodukte und –leistungen,
- Effektive infrastrukturelle Rahmenbedingungen ,
- Leistungsfähige Einrichtungen für die Aus- und Weiterbildung.

Die vom Wirtschaftsminister vorgesehene Konzentration der *technologieorientierten* Programme auf drei "Förderlinien" (Innovation, Forschungskooperation und technologische Beratung) sollte von der PDS als eine notwendige Maßnahme gegen die Zersplitterung der Förderinstrumente auf diesem Gebiet unterstützt werden.

Neuntens: Es ist notwendig, die *Wirtschaftsförderung Ost grundsätzlich umzugestalten und langfristig auf einem Niveau fortzuführen, das eine Wiederaufnahme des Angleichungsprozesses ermöglicht und begünstigt*. Sie müsste weit stärker als bisher auf die Erreichung komplexer wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Zielstellungen in Ostdeutschland insgesamt und in den Regionen gerichtet werden. Im Vordergrund stehen:

- Die Wirtschaftsförderung eng mit den Politikfeldern Struktur-, Technologie-, Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik zu verbinden und sie zu nutzen, um diese Politikfelder, die noch oft isoliert nebeneinander stehen, miteinander zu verzahnen;
- Die einseitige Orientierung der Wirtschaftsförderung auf Investitionen zu überwinden, indem ein stärkeres Gewicht auf Forschung, Qualifizierung, Absatz, ökologischer Umbau und insgesamt auf die Verbesserung der sogenannten weichen Standortfaktoren gelegt wird; dazu sollten die Möglichkeiten für die Anwendung der Programme InnoRegio und InnoNet erweitert werden.
- Veränderung der Verwendungsstruktur der Fördermittel von Steuersubventionen zu direkten Wirtschafts- und Investitionshilfen, Kopplung der Investitionshilfen an Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Mitbestimmungseffekte, Umwandeln eines größeren Teils der Investitionshilfen aus verlorenen Zuschüssen zu Beteiligungen der öffentlichen Hand am Kapital der Unternehmen, wirksamere Unterstützung innovativer Existenzgründer und speziell von Unternehmen mit günstigen Exportaussichten auch in der Wachstumsphase.
- größere Einflußmöglichkeiten der Länder und Kommunen sowie der in den Regionen tätigen Organisationen und Verbände auf den Einsatz der Fördermittel;

Der Ausbau einer modernen Infrastruktur in den neuen Ländern sollte mit unvermindertem Tempo fortgesetzt werden. Ein Schwerpunkt sollte zunehmend in der Verbesserung der „weichen“ Standortfaktoren liegen, um Ostdeutschland für Unternehmensinvestitionen sowie für hochqualifizierte Fachkräfte aus dem In- und Ausland attraktiver zu machen.⁶ Nach vorliegenden Analysen bevorzugen technologieintensive Unternehmen Regionen mit bereits bestehender Netzwerkbildung zwischen Wissenschaft, Bildung und Wirtschaft.⁷

Zehntens: Die *Erhöhung des Absatzes in die alten Bundesländer und des Exports* sind entscheidend, um der sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung näher zu kommen. Das setzt die Rück- bzw. Neugewinnung von Märkten voraus. Dazu reicht allein das Fortführen der bisherigen Exportförderung nicht aus. Es kommt vor allem darauf an, den Export als abschließendes Stadium im Wirtschaftszyklus enger mit den vorangehenden - Forschung, Investitionen, Veränderung der Produktionsstruktur, Marketing -, und den entsprechenden Instrumenten zu verflechten.

⁶ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 50/99

⁷ Innovationsnetzwerke und Innovationsförderung in den neuen Ländern, *Wirtschaft im Wandel*, Nr. 11/2000, S. 323

Beträchtliche Reserven für den Export, für eine wirksame Exportoffensive der Unternehmen der neuen Länder können erschlossen werden, wenn es gelingt, (1) die Schwächen der ostdeutschen KMU in der Exporttätigkeit durch Bildung von Unternehmenspools, die staatlich und durch die Wirtschaftsverbände zu unterstützen und zu fördern sind, einzuschränken. Hierfür könnte eine Initiative/ein Bündnis zwischen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Staat zur Akquirierung und Realisierung von Aufträgen ein Beitrag sein; (2) den spezifischen Bedingungen des Absatzmarkts und der Interessen Russlands und anderer GUS-Staaten bei der Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen und der Förderbedingungen besser Rechnung zu tragen. Anknüpfend an frühere außenwirtschaftliche Verbindungen, Erfahrungen und Ressourcen können noch beträchtliche Möglichkeiten für die Erweiterung des Ostexports erschlossen werden. Hierzu ist jedoch die politische Unterstützung durch die Bundesregierung und die ostdeutschen Landesregierungen unerlässlich.

Eine substantielle Erweiterung der Exporte nach Russland und anderen mittel- und osteuropäischen Ländern setzt voraus, langfristig wirksame Finanzierungslösungen – sowohl für die Partner als auch für die ostdeutschen KMU - zu schaffen. Die Ergebnisse des Exports und Imports mit Russland und anderen GUS-Staaten haben deutlich gezeigt, dass die Hermes-Kredite den Liquiditätsproblemen russischer Banken und Unternehmen und auch den finanziellen Schwierigkeiten der meisten ostdeutschen KMU nicht gerecht werden. Dazu sind vor allem Instrumente einer Zwischen- bzw. Überbrückungsfinanzierung sowie ein entsprechender Finanzierungsfonds notwendig. Ebenso wichtig ist es, den einfachen Austausch Ware gegen Ware (sogenannte Bartergeschäfte) durch höhere Formen des Austauschs auf der Grundlage der Kooperation bei Projektlösungen und Wertschöpfungsketten zunehmend zu ersetzen.⁸

Elftens: *Den KMU kommt eine im Vergleich zu den alten Bundesländern größere Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Stärkung der Innovationskraft, eine dynamische Wirtschaftsentwicklung und auch für den ökologischen Umbau zu.* Sie weisen nach wie vor insgesamt - bei starker Differenzierung - beträchtliche Wettbewerbsnachteile gegenüber westdeutschen Unternehmen auf. Ostdeutsche KMU haben mit größeren Entwicklungs- und Überlebensschwierigkeiten zu kämpfen. Die relativ geringen Betriebsgrößen der aus der Privatisierung hervorgegangenen originär ostdeutschen Unternehmen bleibt auch langfristig ein besonderer Nachteil beim Kampf um überregionale Marktanteile. Deshalb ist es vordringlich, diese Unternehmen noch für einen längeren Zeitraum durch spezifische Maßnahmen der Wirtschafts- und speziell der Innovationsförderung zu unterstützen. Die gesetzlichen Regelungen müssten verbessert werden, um u.a. öffentlicher Aufträge bevorzugt an in der Region ansässige Firmen zu vergeben.

Die Stärkung der Eigenkapitalbasis und die Verbesserung der Liquidität ist ein Grunderfordernis für die Konsolidierung der meisten KMU und damit insgesamt der ostdeutschen Wirtschaft. Daher sind weitere Maßnahmen zur Erhöhung von Beteiligungskapital (u.a. durch spezielle Beteiligungskapitalgesellschaften) sowie zur Sicherung der Liquidität bei verzögerten oder nicht erfolgten Zahlungen sehr dringlich. Von der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wurde eine Sanierungsbeteiligungsgesellschaft des Landes Berlin vorgeschlagen, die von Insolvenzen bedrohte aber sanierungsfähige Unternehmen mit Zeit, Geld und Know-how unterstützen soll.⁹ Mit solchen institutionellen Lösungen könnte den Konkursen, die in Ostdeutschland, speziell im Verarbeitenden Gewerbe, weiterhin ansteigen und auf einen bedrohlichen Umfang angenommen ha-

⁸ Vgl.: „3. Forum plus - Pilotprojekt Ost“ der Bundestagsfraktion der PDS, März 2001

⁹ Newsletter PDS Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, 6/2000

ben, sowie den dadurch bedingten Verlusten bzw. Entwertungen von Fördermitteln und dem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen entgegengewirkt werden.

Es wurden Weiterentwicklungen der Förderprogramme für den Mittelstand vorgenommen, u.a. durch die Instrumente Risikoübernahme und Haftungsfreistellung und durch Angebote von Liquiditätshilfen.¹⁰ Deren Wirksamkeit ist aber bisher stark begrenzt. Auf Grundlage einer Analyse der Hemmnisse sollten Vorschläge vorgelegt werden, wie diese Instrumente umfassender im Interesse der KMU genutzt werden können.

Die wirtschaftlichen Probleme der KMU in der Bundesrepublik und speziell in den neuen Ländern machen deutlich, dass es notwendig ist, einige den Mittelstand betreffende Gesetze zu novellieren, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für Existenzgründungen, für die Konsolidierung und Entwicklung der Unternehmen zu verbessern. Von besonderer Bedeutung sind: Regelungen um die Tilgung von Darlehen zu erleichtern (einschließlich Zinsbeihilfen); Regelungen für einen leichteren Zugang zu Fördermitteln und Krediten; Regelungen zur Verbesserung der Liquidität der KMU - zur Verbesserung der Zahlungsmoral, zur Überbrückung zeitlich begrenzter Zahlungsschwierigkeiten u.a. durch Liquiditätshilfen.

Es wird vorgeschlagen, auf der Grundlage der Erfahrungen des OWUS, der von Klaus Ahrends im Auftrag der PDS Bundestagsfraktion angefertigten Studie „Wirtschaftliche und soziale Lage der Selbständigen in den neuen Bundesländern“ (September 2000), anderer Analysen sowie von Beratungen mit Vertretern von Institutionen des Mittelstands, im Jahre 2001 einen Workshop zu dieser Problematik durchzuführen (eventuell gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung). Seine Ergebnisse sollten für die Ausarbeitung eines Antrags zur Unterstützung des ostdeutschen Mittelstands genutzt werden.

Die Erhöhung der im Durchschnitt noch immer zu niedrigen Rentabilitätsrate der ostdeutschen KMU ist eine notwendige Bedingung für eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung. Dies darf jedoch nicht über Lohnsenkungen, Einfrieren der Lohnunterschiede Ost/West oder eine erzwungene Umwandlung von Lohnzuwächsen in eine Kapitalbeteiligung der Beschäftigten erfolgen. Sie muss vielmehr auf Produkt- und Technologieinnovationen, Erweiterung des Umsatzes, Stärkung der Marktpositionen sowie Senkung überhöhter Kosten für Energie, Zulieferungen, Schuldendienst u.a. beruhen. Dies steht im Gegensatz zu Auffassungen, die eine Verbesserung der Kostensituation vor allem über eine Senkung der Lohnkosten empfehlen, direkt über einen deutlichen Abschlag der Lohnabschlüsse gegenüber der Produktivitätssteigerung und indirekt über Investivlöhne (Verwendung eines Teils des Lohnzuwachses für unternehmensbezogene Kapitalbeteiligungen). Dies würde die Lohnangleichung Ost an West weiter verzögern, der notwendigen Stärkung der Nachfrage zur Verbesserung der Absatzbedingungen ostdeutscher Unternehmen entgegenwirken und das weitere Abwandern junger, qualifizierter und motivierter Fachkräfte nach Westdeutschland begünstigen.

Ostdeutsche KMU werden durch steigende Gebühren/Abgaben überdurchschnittlich stark belastet.¹¹ Es müsste geprüft werden, ob und unter welchen Bedingungen hier Entlastungen möglich sind.

Infolge der unsicheren und finanziell äußerst angespannten Situation vieler Selbständiger in Ostdeutschland kommt ihrer *sozialen Absicherung bei Aufgabe der Geschäftstätigkeit* eine große Bedeutung zu. Nach einer Befragung sehen 31% aller Probanden,

¹⁰ *Der Beitrag der KfW zum Aufbau des Mittelstandes in den neuen Ländern, KfW-Beiträge zur Mittelstands- und Strukturpolitik, 19 2000*

¹¹ *Klaus Ahrends, Wirtschaftliche und soziale Lage der Selbständigen in den neuen Bundesländern, Studie, a.a.O., S. 31*

darunter aber 61% aller Probanden über 50 Jahre, keine Chance mehr, nach Aufgabe der Selbständigkeit eine neue Arbeit zu finden.¹² Die Forderung nach Einführung einer freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbständige sollte aufgegriffen¹³ und durch parlamentarische Initiativen unterstützt werden. Darüber hinaus sind auch die Regelungen zur Altersvorsorge und zur Absicherung im Falle von Berufsunfähigkeit zu überprüfen.

Zwölftens: Der Agrarpolitik und zukunftsfähigen Entwicklung ländlicher Räume kommt eine wichtige Rolle für die Lösung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme in Ostdeutschland zu.

Die Agrarwirtschaft hat das Grundbedürfnis der Menschen nach hochwertiger gesunder Ernährung zu sichern und die Produkte nachwachsender Rohstoffe und Energiepflanzen als zweite Säule bedeutend auszubauen. Sie ist der wichtigste Bereich für Dienstleistungen zum Erhalt und zur Gestaltung der gewachsenen Kulturlandschaften. Die Land- und Forstwirtschaft muß dabei ihr Aufgabenprofil erweitern und sich strukturell in Richtung höhere Anteile regionaler Wirtschaftskreisläufe, Ausbau des ökologischen Landbaus sowie generell stärkerer Ökologisierung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion verändern.

Nach dem „Zusammenführen“ zweier grundverschiedener Landwirtschaften gilt es, den Grundsatz der *Gleichstellung aller Eigentums- und Unternehmensformen* und solche Rahmenbedingungen zu sichern, auf deren Basis alle Agrarunternehmen ihre jeweiligen Vorteile und Stärken ausschöpfen können. In den neuen Bundesländern setzt sich die PDS für den Erhalt und die Stabilisierung der zukunftsfähigen, modernen Agrarstrukturen ein. Sie unterstützt besonders die Agrargenossenschaften. Die Förderung vielfältiger Formen der Kooperation muß eine wichtige Aufgabe der Agrarpolitik sein, sowohl innerhalb der Landwirtschaft als auch in der Verarbeitung und Vermarktung.

Die neue Agrarpolitik der rot-grünen Bundesregierung darf nicht von dem Vorurteil, große Betriebe seien umweltschädlicher als kleine, bestimmt werden. Weder die Größe der Fläche noch die Zahl der Tiere sind für den Verbraucher und die Umwelt entscheidend, sondern vielmehr wie auf den Äckern und Wiesen und in der Tierhaltung produziert wird. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass in den neuen Ländern 3,7 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Form des ökologischen Landbaus bewirtschaftet werden, während es in den alten Ländern nur 2,4 % sind.

Die PDS wendet sich entschieden gegen die Pläne zur betrieblichen Begrenzung der Prämienrechte für Rinder und zur Kürzung der EU-Flächenprämien bei größeren Betrieben, die die potentiell wettbewerbsfähigen und damit zukunftssträchtigen ostdeutschen Agrarbetriebe benachteiligen und in ihrer Existenz gefährden. Es muss dabei auch berücksichtigt werden, dass nach Großvieheinheiten (GV) berechnet die neuen Länder nur über die Hälfte des Bestandes der alten Länder verfügen (51 GV gegenüber 103 GV).

Durch *höhere regionale Eigenversorgung mit Nahrungsgütern* kann eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs, vor allem infolge geringerer Transporte, erreicht werden. Möglichkeiten der Regionalisierung bieten sich besonders in der Agrarproduktion und der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsgütern an. Die Versorgung der Städte mit Grundnahrungsmitteln und Produkten der näheren Umgebung ist auch für ein nachhaltiges Wirtschaften geboten. Auf diese Weise können die regionale Wirtschaft gestärkt, viele dezentrale Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen sowie Transportwege wesentlich verkürzt werden. Darüber hinaus werden auch traditionelle und umweltscho-

¹² *Ebenda*, S. 26

¹³ *Ebenda*, S. 27

nende Produktionsformen gefördert und die charakteristischen Kulturlandschaften erhalten. Es gilt alle Möglichkeiten zu nutzen, um das Zusammenwirken der landwirtschaftlichen Produzenten auszubauen und den Aufbau regionaler Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen und entsprechender Kooperationsbeziehungen zu fördern.

In den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands stellt die *Massenarbeitslosigkeit* eine große Herausforderung dar. Ihr Zurückdrängen erfordert vor allem eine ökonomische Stabilisierung und Entwicklung in den ländlichen Räumen als entscheidende Voraussetzung für neue Arbeitsplätze. Neben der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion kommt es auf eine breite Förderung ökonomischer Felder außerhalb der Landwirtschaft (Verarbeitung, Handwerk, Gewerbe, Dienstleistungen, Tourismus) an.

Die *langfristige Sicherung der Produktionsgrundlage Boden* ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft der ostdeutschen Agrarunternehmen. Obwohl die PDS prinzipiell für Gemeineigentum an Naturressourcen eintritt, achtet sie das bäuerliche Bodeneigentum in breiter Streuung.

Aktivitäten der PDS zur Änderung des ausschließlich auf den Verkauf des Bodenreformlandes gerichteten Privatisierungskonzepts durch gesetzliche Zulassung der langfristigen Verpachtung und Vergabe von Erbbaurechten als gleichberechtigte Privatisierungsformen bei Einräumen von Vorkaufs- bzw. Vorpachtrechten für ostdeutsche Nutzer sind im Bundestag ebenso wie in ostdeutschen Landesparlamenten gescheitert. Jetzt sollte das Hauptaugenmerk konstruktiver Oppositionspolitik auf die nach Abschluss der vergünstigten Privatisierung auf Basis der Flächenerwerbs-VO des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes verbleibende „Agrar-Restfläche“ von ca. 400.000 Hektar gerichtet werden. Es bietet sich an, diese Fläche zu gegebener Zeit den ostdeutschen Landgesellschaften für eine aktive Strukturpolitik zu übertragen. Diese Flächen sollten vorrangig an tierreiche, aber flächenarme Betriebe auf Basis eines Kauf-Pacht-Modells, das der angespannten Eigenkapitalsituation Rechnung trägt, vergeben werden. Damit würde geholfen, Arbeit und Einkommen in strukturschwachen ländlichen Räumen zu sichern. Dieses Konzept ist Bestandteil der PDS Politik zur Verteidigung der Ergebnisse der Bodenreform.

Die im Rahmen der Halbzeitbewertung der Agenda 2000 vorgesehene Prüfung der Möglichkeiten einer Umschichtung von Mitteln der Gemeinsamen Agrarpolitik aus der ersten Säule (Markt- und Preispolitik) in die zweite Säule (ländliche Entwicklungspolitik) wird unterstützt. Die Umschichtung darf jedoch nicht neue Entwicklungs- und Liquiditätsproblemen der Agrarbetriebe hervorrufen. Daher sollte schrittweise vorgegangen werden. Es müssen auch Lösungen gefunden werden, damit die Kofinanzierung zu keiner Zusatzbelastung der Länder führt (derzeit finanziert die EU die Ausgaben der ersten Säule zu 100%, der zweiten Säule aber nur zu 75% in Ostdeutschland (Ziel-1-Gebiet) und in Westdeutschland zu 50%). Die durch Umverteilung frei gesetzten Mittel sollten in der Regel in der jeweiligen Region verbleiben, vor allem zur Erweiterung der finanziellen Spielräume für außerlandwirtschaftliche Aktivitäten in ländlichen Gebieten führen.

Die PDS Fraktionen sollten sich dafür einsetzen, dass die ostdeutschen Länder Konzepte zur effektiven Unterstützung der wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung des Kleinprivatwaldes erarbeiten und umsetzen. Es werden Rahmenbedingungen gebraucht, die es den Hunderttausenden kleinen Waldbesitzern ermöglichen, ihr seit 1990 wieder frei verfügbares und meist aus der Bodenreform stammende Eigentum auch ökonomisch zu realisieren. Das wäre zugleich ein Beitrag zur Verteidigung der Bodenreform. Geschieht das nicht, wird dieses breit gestreute Kleineigentum sukzessive durch Großwaldbesitzer übernommen. Hintergrund ist, dass die Entwicklung des Kleinprivatwaldes äußerst unbefriedigend verläuft. Ein Konzept zur Nutzung des Kleinprivatwaldes müsste davon ausgehen, dass sein wirtschaftliches Potenzial und damit sein

möglicher Beitrag für Einkommen und Beschäftigung im ländlichen Raum bisher nur ungenügend ausgeschöpft wird. Für einen großen Teil der ca. 500 000 ostdeutschen Kleinwaldbesitzer ist deshalb ihr Eigentum eine Belastung. Das staatliche Instrumentarium zur Unterstützung des Aufbaus und der Entwicklung von Privatforstbetrieben in Form von Zusammenschlüssen trug im letzten Jahrzehnt kaum der spezifischen Situation in Ostdeutschland Rechnung.

Es wird - entgegen der Auffassung der Bundesregierung - als notwendig angesehen, für die als "strukturschwache ländliche Räume mit erheblichen Entwicklungsproblemen" eingestuftten Regionen, die sich fast ausschließlich in Nordostdeutschland konzentrieren, ein integriertes Konzept zur Entwicklung und Förderung auszuarbeiten. Dafür spricht, dass in diesen Regionen die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaftstätigkeit im Ausmaß und Tempo weit hinter den Erfordernissen und Erwartungen zurückgeblieben und die Arbeitslosigkeit anhaltend hoch ist. Besonders alarmierend sind die Tendenzen der Abwanderung und Alterung der Bevölkerung, so dass diese Regionen Gefahr laufen, weiter zurückzufallen. Das Konzept muss deshalb eine vorrangige Verbesserung der Infrastruktur als entscheidende Voraussetzung für Investitionen zur Stärkung der Potenziale für Wertschöpfung und Beschäftigung ermöglichen, auf die Schaffung und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe setzen, und dazu beitragen, dass die derzeit bestehenden Hemmnisse bei der Verzahnung der beiden Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ beseitigt werden sowie helfen, die erforderliche Finanzausstattung solidarisch zu sichern.

Von der Bundesregierung ist zu verlangen, dass sie frühzeitig konzeptionelle Vorstellungen zu der ab 2007 erforderlichen Neuabgrenzung der Fördergebiete für die nationale Regionalförderung und die EU-Strukturförderung entwickelt, und dabei besonders den Bedarf der strukturschwachen ländlichen Räume berücksichtigt.

Dreizehtens: Die *ökonomisch nicht begründeten sogenannten DDR-„Altschulden“ ostdeutscher Unternehmen*, rufen hohe Belastungen durch Zinsen und Tilgungen, Zwangsverkäufe von Immobilien sowie große Unsicherheiten über die weitere Existenz hervor. Sie führen zu teilweise erheblichen permanenten Kosten- und Wettbewerbsnachteilen der von Altschulden betroffenen ostdeutschen Unternehmen (MBO, privatisierte Wohnungsgesellschaften, Landwirtschaftsbetriebe). Die Altschuldenregelung ist nicht nur sozial ungerecht, sie ist auch volkswirtschaftlich sinnlos. Sie wird vor allem durch das Interesse der Banken an zusätzlicher Zinseinnahmen gestützt.

Es sollte ein Konzept zur Streichung der Altschulden bis 2005 als ein Schritt zur Unterstützung einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung und zum Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen ausgearbeitet werden. Es sollte gefordert werden, die Banken, die aus diesen Altschulden große Gewinne realisiert haben, an den durch die Streichung der Schulden entstehenden Aufwendungen zu beteiligen. Es muss angestrebt werden, dass bei zusätzlichen einmaligen Einnahmen des Bundes, wie z.B. im vergangenen Jahr beim Verkauf der Mobilfunklizenzen, die zum Abbau der Schulden eingesetzt werden sollen, ein Teil für die Ablösung dieser Altschulden eingesetzt wird.

Die Situation bei den *Wohnungsunternehmen* hat sich in den letzten Jahren durch steigende Leerstände zugespitzt (über eine Million Wohnungen stehen inzwischen leer über 30% der Altbauten, 8-12% der Plattenbauten). Die hierdurch bedingten Kosten liegen gegenwärtig bei 2,2 Mrd. DM jährlich, denen keine Einnahmen gegenüberstehen. Die bisherigen Regelungen zur Kappung der Altschulden der Wohnungsunternehmen im Osten, die die Privatisierung von 15% des Wohnungsbestands voraussetzen, haben sich als unzureichend erwiesen. Die Wohnungsunternehmen müssen von den Altschulden entlastet werden. Als erster Schritt wird gefordert, Wohnungsunternehmen die ei-

nen dauerhaften Leerstand von mehr als 10% haben und Wohnraum abbrechen müssen, sofort von Altschulden auf diese Wohnungen zu entlasten.¹⁴

Die von den *landwirtschaftlichen Unternehmen* (Nachfolgeeinrichtungen der LPG) übernommenen Schulden sind völlig überhöht, da bei ihrer Festlegung weder die veränderten Preisrelationen, die um ein Mehrfaches höheren Zinsen, noch die realen Wertverluste durch die drastischen Produktionseinschränkungen und Stilllegungen von Produktionsanlagen infolge grundlegend veränderte Marktbedingungen berücksichtigt wurden (es wird von realen Wertverlusten zwischen 1 : 4 und 1 : 10 ausgegangen). Eine notwendige Wertberichtigung der Altschulden wurde abgelehnt. Es fand eine problematische Altschuldenregelung statt, auf deren Grundlage 1,4 Mrd. DM Altschulden (18 % der Gesamtsumme von 7,8 Mrd. DM) abgelöst und für 2,8 Mrd. DM Vereinbarungen mit der jeweiligen den Altkredit führenden Bank abgeschlossen wurden, nach denen von den Unternehmen nur dann Kapitaldienst zu leisten ist, wenn ein Jahresüberschuss erzielt wird. Dadurch gab es zwar eine partielle und zeitweilige Entlastung. Das Grundproblem blieb aber und verschärfte sich sogar. Da bisher nur in geringem Umfang getilgt wurde und die Altschulden verzinst werden, nehmen die aus Altschulden entstehenden Belastungen wieder zu. Sie sind bereits höher als vor der Teilentschuldung. Hinzu kommt, dass beim Ausscheiden aus einem mit Altkredit belasteten Unternehmen zwar Produktionsfaktoren (Boden, Quoten u. a.), nicht aber Anteile an den Altschulden mitgegeben werden.

Folgende Schritte zur Lösung der Altschuldenproblematik für landwirtschaftliche Unternehmen werden vorgeschlagen:

- die getroffene Regelung, dass ein Kapitaldienst nur verlangt wird wenn die ökonomische Situation dies erlaubt, muss auch weiterhin gültig bleiben;
- die Zinszahlungen für die Altkredite müssen ausgesetzt und die seit 1991 aufgelaufenen Zinsen gestrichen werden;
- Wertberichtigung aller noch vorhandenen Kredite;
- Bonusregelung an die Agrarunternehmen für die Tilgung der noch verbleibenden Altkredite nach dem Prinzip „Je früher die Altschulden abgelöst werden, desto mehr wird gestrichen“.

Vierzehntens: *Die finanziellen Spielräume der Länder und Kommunen für eine aktive Struktur- und Beschäftigungspolitik sowie die öffentliche Auftragsvergabe müssen gesichert und erweitert werden.* Die finanziellen Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass regionale Entwicklungskonzepte zielgerichtet umgesetzt und dabei auch existenzsichernde Arbeitsplätze geschaffen werden. Hierdurch müsste auch der weitere Rückgang der Bauproduktion zumindest eingeschränkt werden. Die Erweiterung und Qualitätsverbesserung regional nutzbarer Infrastruktur ist langfristig ein vorrangiges Einsatzgebiet der Mittel der öffentlichen Hand.

Die tatsächliche Entwicklung der Haushalte der ostdeutschen Länder und Kommunen 1999 widerspricht diesen Erfordernissen (für 2000 liegen noch keine Daten vor): Das Aufkommen an Gewerbesteuer je Einwohner ist zurückgegangen (auch im Unterschied zu den alten Bundesländern), die Schlüsselzuweisungen und die Investitionszuweisungen der ostdeutschen Kommunen wurden reduziert.

Die staatlichen Investitionen in der Bundesrepublik steuern infolge des rigiden Sparkurses einem Tiefpunkt entgegen. Zwischen 1992 und 2000 wurden die Bauinvestitionen des Staates in Nichtwohnbauten von 79,5 Milliarden DM im Jahre 1992 auf 58,3 Milliar-

¹⁴ Margot Ziemann, *Mit Privatisierung gegen den Leerstand? Reinblick 12/2000, S. 2f.*

den DM im Jahre 2000 verringert. Wenn es gelänge, zumindest den Mittelwert der neunziger Jahre von 67 Milliarden DM staatlicher Bauinvestitionen zu erreichen und von den damit zusätzlich zur Verfügung stehenden Mitteln ein Drittel - drei Milliarden DM - nach Ostdeutschland zu leiten und als Aufträge an die heimische Bauindustrie zu vergeben, wäre das ein Schritt zur wirtschaftlichen Konsolidierung Ostdeutschlands und zur Verbesserung der Beschäftigungssituation.

Durch eine Reform der Kommunal Finanzen müssen Finanzkraft der Kommunen gestärkt und ihre Selbstbestimmung bei der Verwendung der finanziellen Zuweisungen erweitert werden. Dabei sollten folgende Maßnahmen vorgesehen werden: Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer auf die wirtschaftliche Leistung bezogenen Gemeindesteuer mit breiter Bemessungsgrundlage, Sicherung eines stabilen Anteils der Kommunen an der Einkommenssteuer, Erhöhung der pauschalen Investitionszuweisungen, Erweiterung der Spielräume für eine eigenverantwortliche Tätigkeit der Kommunen in der Wirtschaftsförderung einschließlich Auftragsvergabe. Die Entscheidung zu den hierfür erforderlichen Regelungen dürfen nicht lange hinausgeschoben werden. Die finanzielle Situation der finanzschwächeren Länder könnte durch die volle Anrechnung der unterschiedlichen Einnahmen der Kommunen bei der Feststellung der Finanzkraft der Länder im Rahmen des Länderfinanzausgleichs beitragen (bisher werden sie nur zur Hälfte berücksichtigt). Die höheren Zuführungen die die ostdeutschen Länder mit einer solchen Neuregelung des Länderfinanzausgleichs erhalten würden müssten natürlich Grundlage für entsprechend höhere Anteile der Kommunen an den Ländereinnahmen sein.

Die Stärkung der Finanzkraft der ostdeutschen Länder und Kommunen vor allem über den Bundes/Länder Finanzausgleich und über eine Reform der Kommunal Finanzen bleibt für einen längeren Zeitraum, der über das nächste Jahrzehnt hinausgeht, unerlässlich für das Erreichen einer selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung.

Fünftehntens: Die vorstehend charakterisierten Aufgaben um eine sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland zu erreichen stoßen hart an die Begrenzungen durch die auferlegten Haushaltskonsolidierungen von Bund und Ländern, insbesondere durch die eingeleitete „Nulldefizit-Politik“. Die Problematik wird noch durch die absehbaren wettbewerblichen Schockwirkungen der EU-Osterweiterung verschärft.

Es ist notwendig, Sparpolitik in Ostdeutschland vorrangig mit vorausschauender und innovativer Investitionspolitik zu assoziieren, d.h. Sparen wieder volkswirtschaftlich als Investieren zu begreifen – der ursprüngliche Sinn des makroökonomischen Sparbegriffs. Neue Wertschöpfungspotenziale werden vor allem durch gezielte Investitionen geschaffen. Die reale Einkommensentwicklung hängt entscheidend vom realwirtschaftlichen Investieren ab. Demgegenüber bildet die rein fiskalische Ausgabenkürzung („Sparen“ á la Eichel) eine direkte Konterkarierung des realwirtschaftlichen Sparbegriffs. Unter dem harten fiskalischen „Spar“-Zwang der öffentlichen Haushalte schrumpft das Volumen der öffentlichen Investitionen und der staatlichen Wirtschaftsförderung, werden negative Rückkopplungen auf das ostdeutsche Wachstum und die zukünftige Einkommensentwicklung hervorgerufen, wird die wirtschaftliche Ost/West Angleichung im Sinne eines Aufholprozesses gebremst bzw. verhindert.

Die politische Entscheidung zugunsten eines fortzusetzenden Aufholprozesses schließt daher die Umorientierung der fiskalischen Sparpolitik zugunsten der ostdeutschen Unterentwicklungsregion gleichsam als Vorbedingung ernsthafter staatlicher Absichten und Anstrengungen ein. Insofern kommt einer solchen Politikänderung gegenüber der ostdeutschen Region die Bedeutung einer zukunftssichernden Gestaltung fiskalischer Rahmenbedingungen zu. Eine nachhaltige Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft im Sinne wettbewerbskräftiger und innovativer Unternehmen, im Sinne selbsttragender

regionaler Entwicklung und wirksamer Reduzierung der Finanztransfers West-Ost ist hieran gebunden.

Dies ist der fiskalische Kern jener Entscheidungssituation, in der die Wirtschaft der neuen Bundesländer steht und die eine essentielle Weichenstellung zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung einschließt.

Auf Grund der prekären Haushaltssituation der meisten ostdeutschen Länder – eine gewisse Ausnahme ist Sachsen –, die eine Verringerung ihrer Haushaltsdefizite in den nächsten Jahren erfordert, lassen sich diese Probleme nicht einfach durch eine andere Haushaltspolitik der Länder, sondern nur im Rahmen gesamtwirtschaftlicher Lösungen der Bundesrepublik, durch eine andere Bundespolitik lösen.

Sechszehntens: Die *weitere Angleichung der Arbeitseinkommen* in den neuen Ländern an das Niveau der alten Bundesländer ist eine wichtige Forderung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und zur Überwindung sozialer Ungerechtigkeit (ungleicher Lohn für gleiche Arbeit, Benachteiligung bei der Rente und anderen Sozialleistungen) im zweiten Jahrzehnt nach der Vereinigung. Hierauf gerichtete Vorschläge dürfen nicht von vereinfachten oder populistischen Forderungen ausgehen. Sie müssten verschiedene, teilweise widersprüchliche Zusammenhänge und Wirkungen berücksichtigen.

Einerseits widersprechen die beträchtliche Unterschiede in den Löhnen und Gehältern zwischen Ost und West, nach mehr als 10 Jahre Entwicklung in einem gemeinsamen Staat, den Forderungen nach gleichwertigen Lebensverhältnissen und sozialer Gerechtigkeit. Dies wird noch dadurch bekräftigt, dass im bisherigen Bundesgebiet zwischen den Ländern bestehende Produktivitätsunterschiede nie als Begründung für Lohnunterschiede herhalten mussten (Vgl. hierzu Anlage 2), und dass die Analyse der ausgewiesenen Produktivitätsrückstände zeigt, dass sie teilweise fiktiv sind (Einfluss der Lohnhöhe auf die Wertschöpfung), insgesamt zu hoch ausgewiesen werden, und auch von Faktoren abhängen, die nicht oder kaum von den Unternehmen zu beeinflussen sind. Es kommt hinzu, dass die gegenwärtigen Lohnunterschiede und die fehlende Perspektive sie in einem absehbaren Zeitraum zu überwinden, zum Abwandern qualifizierter Fachkräfte beiträgt.

Auf der anderen Seite würde eine Forderung nach sofortiger oder forcierter Angleichung der Arbeitseinkommen innerhalb weniger Jahre die reale ökonomische Situation in den neuen Bundesländern verkennen. Ohne Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für eine solche Angleichung - Lohnkostenzuschüsse für ostdeutschen Unternehmen, Finanzzuführungen an die Länder und Kommunen als Ausgleich für die höheren Personalkosten - würden sie die ökonomischen Schwierigkeiten vieler KMU erhöhen, ihre Gewinnsituation verschlechtern und im öffentlichen Dienst zu weiteren Entlassungen führen.

Es ist auch notwendig, die unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen Bereichen zu berücksichtigen, und dabei insbesondere zwischen dem öffentlichen Dienst und der gewerblichen Wirtschaft zu unterscheiden. Bei allen Vorschlägen zur Lohnangleichung muss auch beachtet werden, dass es nicht nur um die tarifliche Angleichung, sondern auch um die Beseitigung der weit verbreiteten untertariflichen Bezahlung geht.

Unter Berücksichtigung der widersprüchlichen Bedingungen könnte ein Konzept zur Angleichung der Arbeitseinkommen davon ausgehen, dass (1) die jährlichen Lohnerhöhungen mindestens im Tempo der Steigerung der Arbeitsproduktivität erfolgen, (2) eine Zeitspanne von maximal 8 Jahren vereinbart wird innerhalb der die Ostlöhne die durchschnittlichen Westlöhne erreicht haben müssen. Dabei müssen die unterschiedlichen

Bedingungen in den Branchen hinsichtlich Wertschöpfung und Gewinn beachtet werden. Im Verlaufe dieser Zeitspanne müssen kontrollierbare Zwischenschritte festgelegt werden, (3) für Bereiche und Tätigkeiten in denen die Verstöße gegen das Prinzip gleicher Lohn für gleicher Arbeit besonders krass sind kürzere Fristen zugrunde gelegt werden. (4) die Vorstellungen zur weiteren Angleichung der Arbeitseinkommen müssen mit den Gewerkschaften beraten werden und im Rahmen der Tarifautonomie umgesetzt werden.

Anlage 2

Zur gegenwärtigen Diskussion über Produktivitätsrückstände und zu hohe Löhne in den neuen Bundesländern

Als Hauptargument für die Aufrechterhaltung des niedrigen ostdeutschen Lohnniveaus wird auf die hohen Rückstände in der Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft verwiesen.

Eine nähere Untersuchung der Diskrepanzen zwischen Lohn und Produktivität in der gesamten Bundesrepublik ist dabei aufschlussreich. Der Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", dem die Aufgabe übertragen wurde, die Indikatoren der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf die einzelnen Bundesländer aufzuteilen, hat im Frühjahr 2000 für alle Bundesländer die Ergebnisse für 1991 bis 1999 auf der Grundlage der neuen Methodik „ESVG 95“, die für alle Mitgliedsstaaten der EU verbindlich ist, berechnet. Außerdem wurde an Stelle der bisherigen Preisbasis 1991 zur Bestimmung des realen Wachstums die Preisbasis 1995 gewählt.

Es ist schon bedenkenswert, wie allein durch derartige nicht wesentliche methodische Veränderungen ein deutlich korrigiertes Abbild der bisher vermeintlich objektiven Maßstäbe zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern jetzt vorgelegt wurde.

Bis Ende 1999 argumentierten SVR und die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute der Bundesrepublik, dass die ostdeutsche Wirtschaft im Jahre 1998 nur 59,4 Prozent des westdeutschen Niveaus erreichen hätte. Für das gleiche Jahr 1998 wurden wenige Monate später der Rückstand auf 66,3 Prozent beziffert.¹⁵ Ein derartiger Sprung in der Relation zum westdeutschen Durchschnitt bedeutet eine etwa zehnpromtente Erhöhung der bisher angenommenen Werte für die Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland.

Schließlich wurden im Dezember 2000 neue Erwerbstätigenzahlen für die zurückliegenden Jahre vom Statistisches Bundesamt nach Ländern veröffentlicht, mit denen zu erwarten ist, dass sich die Produktivitätsrelationen zwischen West- und Ostdeutschland noch einmal verändern, da nach erster Durchsicht die jetzt etwa 1,8 Millionen Personen, die neu in die Erwerbstätigenrechnung aufgenommen wurden, nicht in den bisherigen Relationen auf das frühere Bundesgebiet und die neuen Bundesländer zugerechnet wurden.

Es gibt noch weitere Gründe, vorsichtig mit diesen auf die einzelnen Bundesländer aufgeschlüsselten Daten der volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu operieren, um daraus wirtschaftspolitische Maßnahmen abzuleiten. Betrachtet man nur die Bundesländer im früheren Bundesgebiet nach den Produktivitäts- und Lohndaten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, wie sie durch den Arbeitskreis ausgewiesen werden, so sind erstaunliche Diskrepanzen zwischen den Ländern zu beobachten, die beispielsweise für Empfehlungen, wie etwa einen Lohnstop für einzelne Regionen bisher – auch aus guten Gründen - nie genutzt wurden.

Für die einzelnen Bundesländer liegen jetzt die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen und die Arbeitnehmerentgelte je abhängig Beschäftigten gegliedert nach 11 Wirtschaftsbereichen nur bis 1997 vor. 1998 und 1999 wurden einzelne Wirtschaftsbereiche nicht ausgewiesen. Aber auch an diesen relativ veralteten Daten kann die uns interes-

¹⁵ Udo Ludwig: *Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands im Lichte des neuen Rechnungssystems der amtlichen Statistik, Wirtschaft im Wandel, IWH Heft 11/2000, S. 311*

sierende Problematik ausreichend beschrieben werden. Auf Beispiele aus den Stadtstaaten und dem Saarland wird hier bewusst verzichtet, um nicht mit statistischen „Ausreißern“ oder der Problematik Metropole – Umland die Argumentation zusätzlich zu belasten.

Beispiel Landwirtschaft: Unter den Flächenstaaten des früheren Bundesgebietes hat Bayern die niedrigste Arbeitsproduktivität, sie beträgt nur 70 Prozent des Durchschnitts der Bundesrepublik und bleibt mit Ausnahme Sachsens auch unter den Werten der neuen Bundesländer. Den höchsten Wert erzielt im früheren Bundesgebiet das Land Niedersachsen, 165 Prozent des Durchschnitts der Bundesrepublik. Die gezahlten Löhne in Niedersachsen sind demgegenüber niedriger als die in Bayern, sie betragen nur 98 Prozent der bayrischen Löhne.

Beispiel Bergbau und Gewinnung von Steine und Erden: Niedersachsen erreicht eine Arbeitsproduktivität von 246.298 DM, Nordrhein-Westfalen dagegen weniger als ein Zehntel (20.235 DM). Die Löhne in Niedersachsen betragen je Beschäftigten und Jahr 95.310 DM und sind geringfügig höher als in Nordrhein-Westfalen mit 89.766 DM.

Beispiel Verarbeitendes Gewerbe: Rheinland-Pfalz ist unter den Flächenländern Spitzenreiter der Arbeitsproduktivität mit 109.392 DM, Niedersachsen erreicht nur 88 Prozent dieses Wertes, bei den Löhnen zwischen beiden Ländern beträgt die Differenz 5 Prozent.

Beispiel Energie- und Wasserversorgung: Hier sind die Relationen zwischen Niedersachsen und Rheinland-Pfalz seitenverkehrt zum vorigen Beispiel. Mit 50 Prozent höherer Arbeitsproduktivität übertrifft Niedersachsen die Werte dieser Branche von Rheinland-Pfalz. Bei der Entlohnung trennen die beiden Länder nur 6 Prozent.

Beispiel Baugewerbe: Baden-Württembergs Baugewerbe hat eine um 25 Prozent höhere Arbeitsproduktivität als Schleswig-Holstein. Bei den Durchschnittslöhnen beträgt die Differenz zwischen den beiden Bundesländern lediglich 15 Prozent.

Beispiel Handel, Reparatur von Kfz. und Gebrauchsgütern, Gastgewerbe: Das Land Hessen übertrifft mit 33 Prozent die Arbeitsproduktivität des gleichen Gewerbes in Niedersachsen, der Abstand bei den Löhnen zwischen beiden Ländern beträgt nur 16 Prozent.

Beispiel Verkehr und Nachrichtenübermittlung: In Hessen übertreffen die Beschäftigten des Bereichs Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit ihrer Arbeitsproduktivität die der Beschäftigten der gleichen Branche in Baden-Württemberg um 30 Prozent. Die Löhne in Baden-Württemberg sind dagegen nur um neun Prozent niedriger.

Beispiel Kredit- und Versicherungsgewerbe: In Hessen übertrifft die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) die des Landes Niedersachsen um 44 Prozent. Bei den Löhnen je Beschäftigten trennen beide Länder nur 11 Prozent.

Beispiel Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen: In dieser Branche werden die höchsten Pro-Kopf-Leistungen aller angeführten Branchen erzielt. Sie betragen das Zweieinhalbfache des Durchschnitts aller Wirtschaftsbereiche der Bundesrepublik. Eine Region mit einem hohen Anteil an diesen Leistungen kann daher auch eine hohe Arbeitsproduktivität nachweisen. Eigentlich wäre zu erwarten, dass Hessen mit der Konzentration im Raum Frankfurt die Rangliste in dieser Branche anführt. Diesem Land blieb nur der zweite Rang, den ersten hat das Land Schleswig-Holstein! Hier erreicht ein Erwerbstätiger eine Arbeitsproduktivität von 312.672 DM, das sind 14 Prozent höher als der Wert von Baden-Württemberg, der niedrigste Wert im früheren Bundesgebiet. Bei den Löhnen erreichen die Beschäftigten dieser Branche in Schleswig-Holstein nur 95 Prozent der in Baden-Württemberg gezahlten Gehälter. Auch

hier ein krasses Beispiel für das Auseinanderfallen von Arbeitsproduktivität und Löhnen zwischen einzelnen Bundesländern. Der Spitzenwert Schleswig-Holsteins ist wahrscheinlich durch den hohen Anteil selbstgenutzter Wohnungen zu erklären. Die dafür berechneten fiktiven Mieten gehen in die Bruttowertschöpfung ein., logischer Weise gibt es für diese Leistungsart keine Erwerbstätigen, so dass die ausgewiesene Produktivität künstlich in diesem Bereich hochgeschraubt wird.

Auf Beispiele aus dem Bereich Öffentliche und private Dienstleister wird verzichtet, da die gezahlten Löhne das Niveau der ausgewiesenen Arbeitsproduktivität in dieser Branche weitgehend bestimmen.

In allen Wirtschaftsbereichen können damit Beispiele für große Divergenzen von Arbeitsproduktivität und Löhnen zwischen den alten Bundesländern nachgewiesen werden. Teilweise sind die ausgewiesenen Produktivitätsunterschiede höher als die zwischen den neuen Bundesländern und dem früheren Bundesgebiet.

Produktivitätsunterschiede zwischen einzelnen Regionen waren und sind in der Bundesrepublik eigentlich normal. Solche Differenzen wurden in der Fachpresse beschrieben, Schlussfolgerungen für die praktische Wirtschaftspolitik, wie etwa ein zeitweiliger Lohnverzicht in der Region mit geringerer Produktivität, wurden nirgends in Erwägung gezogen. Die Regionalwissenschaftler der Bundesrepublik haben aus guten Gründen bisher bei der Bestimmung und Auswahl von unterentwickelten Regionen in der Bundesrepublik im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur auf die Kenngröße Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen verzichtet.

Beim Vergleich zwischen den neuen Bundesländern und dem früheren Bundesgebiet sind noch einige Bemerkungen zu einzelnen Wirtschaftsbereichen notwendig.

Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Lohnanpassung mit zwei Dritteln des Durchschnitts im früheren Bundesgebiet am geringsten. Die Löhne sind nicht, wie mancherorts behauptet wird, der Arbeitsproduktivität „davongelaufen“, da die Ost West Differenzen bei der Arbeitsproduktivität etwa denen bei den Löhnen entsprechen. Hinzu kommt noch ein Umstand, der den innerdeutschen Produktivitätsvergleich außerordentlich verzerrt. In den o.g. Beispielen für Produktivitätsunterschiede im Verarbeitenden Gewerbe zwischen den alten Bundesländern fehlten die Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Beide Städte übertreffen mit der ihnen zugerechneten Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe deutlich das Niveau ihres Umlandes und der gesamten Bundesrepublik. Eine wesentliche Ursache dafür ist, dass sich in diesen Städten überdurchschnittlich viele Unternehmenszentralen befinden. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in der Bundesrepublik wird generell nach dem Unternehmensprinzip organisiert. Zunächst werden alle produzierten und in Anspruch genommenen Leistungen nach dem Sitz des Unternehmens zugeordnet. Hier in der Zentrale konzentrieren sich die wertschöpfungsintensiven Tätigkeiten wie die Unternehmensleitung, Forschung und Entwicklung, Konstruktion, Marketing oder Rechnungswesen. Diese vom gesamten Unternehmen erwirtschafteten Werte werden nicht immer vollständig allen Filialen des Unternehmens zugeteilt. Nur so lassen sich die hohen ausgewiesenen Produktivitätsunterschiede innerhalb eines Zweiges zwischen den Großstädten und den Flächenländern ohne Großstädte erklären.

In den Filialbetrieben Ostdeutschlands fehlen in der Regel diese Unternehmenszentralen. Deshalb bleibt es trotz modernster Produktionsanlagen unrealistisch, in den ostdeutschen Filialen die mit der Bruttowertschöpfung je Beschäftigten ausgewiesene Produktivität der Mutterunternehmen zu erreichen. Das wäre erst der Fall, wenn die Firmensitze beispielsweise des Automobilbaus aus Wolfsburg, Stuttgart, München, Köln oder Rüsselsheim auch nach Ostdeutschland verlagert werden.

Wenn dem Produktivitätsvergleich des Verarbeitenden Gewerbes nicht die Bruttowertschöpfung bzw. das BIP je Erwerbstätigen sondern der Umsatz je Erwerbstätigen zu Grunde gelegt wird, ergibt sich ein etwas anderes Bild. Danach sind die Löhne gegenüber der Produktivität zurückgeblieben. Beim Umsatz je Beschäftigten erreichten die ostdeutschen Betriebe 1999 etwa 74 Prozent des westdeutschen Niveaus, bei den Löhnen je Beschäftigten nur 67,5 Prozent. Die Lohnquote bleibt mit 16,4 Prozent unter der in Westdeutschland erreichten Lohnquote von 17,9 Prozent.

Tabelle

Verarbeitendes Gewerbe 1999 Vergleich neue Bundesländer – früheres Bundesgebiet

	neue Bundesländer	früheres Bundesgebiet	Vergleich neue Bundesländer in vH des früheren Bundesgebietes
Umsatz je Beschäftigten in 1000 DM	280,8	380,7	73,8
Lohn je Beschäftigten in 1000 DM	46,0	68,1	67,5
Lohnquote	16,4	17,9	91,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Statistisches Jahrbuch 2000, S. 186f, eigene Berechnungen

In Ostdeutschland sind im Verarbeitenden Gewerbe hochwertige Arbeitsplätze mit einer höheren Wertschöpfung weniger verbreitet als in Westdeutschland. Ein Ausdruck dafür ist, dass der Angestelltenanteil an den Beschäftigten im Verlauf des Jahres 1999 wieder gesunken ist und nur noch 29,9 Prozent beträgt. In Westdeutschland ist dieser Anteil seit Jahren ansteigend und beträgt 1999 37,5 Prozent.

Unverständlich bleibt, dass die Beschäftigten des Kredit- und Versicherungsgewerbes in Ostdeutschland, die ausschließlich in Filialen westdeutscher oder internationaler Großunternehmen arbeiten, fast ein um ein Viertel reduziertes Arbeitseinkommen erhalten, als es im früheren Bundesgebiet üblich ist. In diesem Bereich einen Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Filialen zu konstruieren ist sachlich nicht zu begründen.

Der hohe Rückstand der Arbeitsproduktivität in den beiden Infrastrukturbereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist kaum erklärbar. Erstens widerspricht er den außerordentlich hohen Modernisierungsinvestitionen von Bahn, Post und Telekom in Ostdeutschland in den zurückliegenden Jahren. Etwa 35 Prozent aller Investitionen in diesen Bereichen wurden in den neuen Bundesländern getätigt. Nach den jüngsten Untersuchungen des DIW hat sich damit in der Verkehrsinfrastruktur Ostdeutschlands der Modernitätsgrad von 51 vH im Jahre 1990 auf 64 vH im Jahre 1995 rasch erhöht und sich dem westdeutschen Niveau von 69 vH stark angenähert.¹⁶ Zweitens sind Bahn, Post und Telekom Großunternehmen mit einem relativ zentralisierten Management. Innerhalb von 10 Jahren müsste es durch geeignete Maßnahmen gelungen sein, die in Ostdeutschland bestehenden Filialen an das in Westdeutschland übliche Produktivitätsniveau heranzuführen.

¹⁶ DIW- Wochenbericht 50/96 Seite 806 ff

Das niedrige Produktivitätsniveau kann auch nicht mit noch bestehendem Personalüberhang in den neuen Bundesländern erklärt werden. Fast 40 Prozent des gesamten Rückgangs der Beschäftigten der Jahre 1992 bis 1996 in Deutschland in diesem Wirtschaftsbereich entfielen auf die neuen Bundesländer! Nur noch ein Fünftel aller in Deutschland Beschäftigten dieses Bereichs arbeiten im Osten Deutschlands, wo auch ein Fünftel der Bevölkerung wohnt. Generell ist bei derartigen Betrachtungen zur Infrastruktur zu berücksichtigen, dass Ostdeutschland über 30 Prozent der Fläche der Bundesrepublik verfügt. Der zwangsläufig entstehende Mehraufwand für den Aufbau und für den Unterhalt der technischen Infrastruktur kann nicht als Produktivitätslücke interpretiert werden. Eine überdimensionierte Ausstattung Ostdeutschlands mit Beschäftigten dieses Wirtschaftssektors ist seit 1995 nicht mehr vorhanden.

Ebenso ist es ökonomisch nicht vermittelbar, wie durch einen Lohnstopp ostdeutscher Beschäftigter in diesen Unternehmensbereichen neue Wachstumsimpulse zu seiner Gesundung in Ostdeutschland ausgelöst werden können.

Das in Hannover ansässige Pestel-Institut hat in einer Studie „Besteht eine Produktivitätslücke in den neuen Bundesländern?“ zur Produktivitätsmessung in diesem Wirtschaftsbereich folgendes festgestellt: „In Ermangelung einer besseren Datengrundlage wird beim Statistisches Bundesamt zur Aufteilung auf alte Bundesländer und neue Bundesländer auf die alten Unternehmensdaten zurückgegriffen.“ (Gemeint sind Post, Telekom und Deutsche Bahn, die nach ihrer Umwandlung in Aktiengesellschaften 1993 keine Bundesländerangaben mehr zur Verfügung stellen.) „Damit werden nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes die historischen Produktivitätsunterschiede von 1993 starr fortgeschrieben und alle seither erreichten Produktivitätsfortschritte durch Stellenabbau auf der einen Seite und höhere Preise auf der anderen Seite ignoriert.“¹⁷

¹⁷ Pestel-Institut, „Besteht eine Produktivitätslücke in den neuen Bundesländern?“ Hannover 1998

Anlage 4

Literaturauswahl zum 10. Jahrestag der Vereinigung

1. Sonderstudien, Bücher/Sammelbände:

- Bundesregierung, "Jahresbericht 2000 zum Stand der Deutschen Einheit", Oktober 2000, DGB, "10 Jahre Aufbau Ost – eine Zwischenbilanz", DGB-Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, Nr. 2/2000
- Memo-Zirkular Nr. 27, "Zehn Jahre Aufbau Ost", Memo-Forum, April 2000 Ostdeutschland – der Aufschwung findet nicht statt“, in: AG „Alternative Wirtschaftspolitik“, „Memorandum 2000“, PapyRossa, Mai 2000
- "Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft", Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Protokolle Nr. 3/99, September 1999
- Rudolf Hickel, "Die sozial-ökonomische Transformation Ostdeutschlands - Herausforderung auch an die kritische Wirtschaftswissenschaft", in: (Hickel u.a. Hrsg.), "Politik des Kapitals - heute", VSA, Hamburg 2000
- Karl Mai, "Herbert Schuis Perspektivanalyse (1991) für Ostdeutschland", in: Goldschmidt/Klein/Steinitz (Hrsg.) "Neoliberalismus heute", Distel Verlag, Heilbronn, 2000
- Hans Misselwitz/Katrin Werlich (Hrsg), „1989: Später Aufbruch – frühes Ende? Eine Bilanz nach der Zeitenwende, Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung, 2000
- „Rolf Reißig, „Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Bilanz- und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung“, Karl Dietz Verlag, Berlin 2001
- Klaus Schröder, "Der Preis der Einheit. Eine Bilanz", Hanser 2000
- Klaus Steinitz, "Finanztransfers West-Ost", in: Goldschmidt/Klein/Steinitz
- (Hrsg.) "Neoliberalismus heute", Distel Verlag, Heilbronn, 2000
- Wolfgang Thierse u.a. (Hrsg.), „Zehn Jahre Deutsche Einheit“, Leske + Budrich 2000
- Fritz Vilmar (Hrsg.), "Zehn Jahre Vereinigungspolitik", trafo verlag 2000

2. Forschungsinstitute

- DIW, "Zehn Jahre deutsche Wirtschafts- und Währungsunion" in: "Vierteljahresheft" Nr. 2/2000
- IWH, "Regionalanalyse Ostdeutschland etc.", in: IWH "Wirtschaft im Wandel", 2/2000
- Rüdiger Pohl, "Die Unvollendete Transformation", in: IWH "Wirtschaft und Wandel", 8/2000
- Hans-Werner Sinn, "Zehn Jahre deutsche Wiedervereinigung: Die Fakten", in: ifo-Schnelldienst, Nr. 26-27/2000

3. Weitere Publikationen

- Nord/LB, „Struktur und Wandel der ostdeutschen Wirtschaft“, Studie, Januar 2001
- Ulrich Busch/Anja Schneider, "Zehn Jahre am Tropf" in: "Berliner Debatte INITIAL", Nr. 4/2000

- Claus Noe, "Die große deutsche Illusion. Zehn Jahre Einheitspolitik - zehn Jahre ökonomische Täuschung", in: "Lettre international", Herbst 2000
- Karl Mai/Klaus Steinitz, "Chancen für eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland" in: "Sozialismus 5/2000
- Karl Mai, "Nach 10 Jahren Vereinigungsökonomie: Scheitern oder Vollendung der ost-deutschen Transformation?", in: "Sozialismus" 10/2000
- Fritz Vilmar, "Gegeninformation zur Vereinigungspolitik", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10/2000